

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Außenminister Lakshman Kadirgamar ermordet

Am 12. August 2005 wurde Lakshman Kadirgamar, gebürtiger Christ und Tami-le, in der Hauptstadt Colombo auf seinem Privatgrundstück von Scharfschützen erschossen. Der tamilische Politiker, der sich schon früh gegen die tamilischen Befreiungstiger der LTTE gewandt hatte, amtierte schon zuvor von 1994 bis 2001 unter Premierminister Sirimavo Bandaranaike sowie erneut von April 2004 an als sri lankischer Außenminister unter Premierminister Mahindra Rajapakse (*Sri Lanka Freedom Party*, SLFP). Zwischenzeitlich arbeitete Kadirgamar als außenpolitischer Berater der Präsidentin Chandrika Kumaratunge. Zuvor war er Berater bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Bei der Wahl zum Generalsekretär des Commonwealth unterlag er 2003.

Für den Mord an Kadirgamar wurde sofort die LTTE verantwortlich gemacht, die dies jedoch bestritt und darauf verwies, dass es Armee und Sicherheitsdiensten daran gelegen gewesen sei, den Waffenstillstandsprozess weiter zu destabilisieren und gegen die Befreiungstiger aufzurüsten. Präsidentin Chandrika Kumaratunge erließ nach der Tat den Ausnahmezustand – dieser wurde im September verlängert – und ernannte am 22. August 2005 ihren Bruder Anura Bandaranaike zusätzlich zu seinem Amt als Tourismusminister zum neuen Außenminister. Kritisch wurde in Sri Lanka diskutiert, dass der Personenschutz in der Hauptstadt für den hochrangigen Politiker diese Tat nicht verhindern konnte.

Mahinda Rajapakse zum Staatspräsidenten gewählt

Bei dem vom Obersten Gerichtshof auf den 17. November 2005 festgelegten Wahltermin wurde der vorherige Premierminister Mahinda Rajapakse (SLFP) mit knappem Vorsprung von rund 180.000 Stimmen gegenüber Ranil Wickremasinghe von der *United National Party* (UNP) zum Staatspräsidenten gewählt. Rajapakse wurde von zahlreichen kleinen, auch nationalistischen Parteien unterstützt.

Aus Protest gegen die zwischen Regierung und LTTE ausgehandelten Mechanismen der Verteilung der Tsunami-Hilfsgelder auch zu Gunsten der von der LTTE verwalteten Gebiete im Norden und Osten Sri Lankas war im Juni 2005 die nationalistisch-sozialistische Partei *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP) aus der Regierungskoalition mit Premierminister Mahindra Rajapakse ausgetreten. Bald darauf unterstützte die JVP jedoch die Präsidentschaftskandidatur Rajapakses unter der Bedingung, dass er diesen ge-

meinsamen Verteilmodus (*Joint Mechanism* oder P-TOMS, *Post Tsunami Operational Management Structure*) nicht aufnehme und zudem die Privatisierung öffentlicher Unternehmen nicht weiter betreibe. Eine weitere Unterstützung erhielt Rajapakse durch die als „buddhistische Mönchs-partei“ bekannte *Jathika Hela Urumaya* (JHU)

Als entscheidend gilt das faktische Wahl-embargo der LTTE. Weder in Jaffna noch in den von der LTTE verwalteten Gebieten des Nordens und Ostens gab es eine nennenswerte Wahlbeteiligung. Zuvor hatten Beobachter durchaus Chancen für Ranil Wickremasinghe erwartet, da er betont für die Wiederaufnahme des Dialogs mit der LTTE eintrat.

Mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes für diesen Wahltermin wurden die Erwartungen der Vorgängerin, Chandrika Kumaratunge, abgewiesen, ihre Amtszeit verlängern zu können.

Neuer Premierminister und Regierung vereidigt

Als Nachfolger in seinem eigenen vorherigen Amt vereidigte Präsident Rajapakse im November 2005 Ratnasiri Wickremesinghe und trat damit der allgemeinen Erwartung entgegen, dass der Bruder der Ex-Präsidentin Chandrika Kumaratunge, Anura Bandaranaike, zum Regierungschef ernannt werde. Dieser gehört der Regierung nun weiter als Tourismusminister an. Diese und weitere Er-

nennungen werden als gezielte Schwächung der Kumaratunge-Bandaranaike-Dynastie auch innerhalb der SLFP bewertet.

Überraschend wurden jedoch weder die JVP noch die JHU mit Ministerposten im neuen und insgesamt von 45 auf 25 Ministerposten reduzierten Kabinett bedacht, obwohl sie Rajapakses Präsidentschaftskandidatur unterstützt hatten.

... Im Überblick

Vom Waffenstillstand zum Bürgerkrieg?

Nach der Wahl Rajapakses zum Präsidenten führten Generalstreiks (*Hartal*) sowie zahlreiche Gewaltakte und Todesfälle zur innenpolitischen Zuspitzung und zum drohenden „heißen“ Bürgerkrieg. Zunächst forderte LTTE-Führer Velupillai Prabhakaran am so genannten Tag der Helden von der Regierung ultimativ eine politische Lösung und mehr Föderalismus. Darauf erwiderte Präsident Rajapakse seine Gesprächsbereitschaft, ohne aber Abstriche von seiner Forderung nach einem geeinten Sri Lanka zu machen.

Ab Dezember 2005, dem laut Medienberichten blutigsten Monat seit den Waffenstillstandsverhandlungen im Jahr 2002, kamen mindestens 80 Soldaten der Regierungsarmee zu Tode, ein Marineschiff wurde von LTTE-Schnellboten angegriffen und ein Armeehubschrauber bei Ampara beschossen, kurz nachdem er die stellvertretende italienische Außen-

ministerin dort zu Beratungen abgesetzt hatte. Rund 900 Festnahmen im Zuge der Untersuchungen der Sicherheitskräfte werden entweder von diesen als präventive Maßnahmen oder von Menschenrechtsaktivisten als Repression bewertet.

Zusätzlich kamen im Nordosten zahlreiche Zivilisten zu Tode, unter andere fünf Studenten an der Küste bei Trincomalee, deren Tod als Exekution durch Sicherheitskräfte eingestuft wird. Auch Journalisten wurden Opfer der Gewalt von beiden Seiten und zahlreiche Zivilisten flohen vor dem drohenden Wiederaufflammen des Bürgerkriegs.

Letztlich wurde die sich extrem zuspitzende Lage des „Wie Du mir, so ich Dir“ durch eine erneute internationale Gesprächsrunde entschärft. Nach vorherigen Kontroversen um die internationale Mediation, zunächst sollte ein asiatischer Vermittler gesucht werden, setzte sich

Rajapakse gegen die Ablehnung Norwegens vor allem durch nationalistische Kreise durch. So konnte der Norweger Erik Solheim Mitte Januar 2006 sowohl auf Seiten der Regierung als auch mit der LTTE in Kilinochchi Gespräche führen (s. den Beitrag von J. Reichert in diesem Heft). Für Ende 2006 sind gemeinsame Verhandlungen im schweizerischen Genf vorgesehen. Zeitgleich war auch der US-Untersekretär im Außenministerium, Nicolas Burns, in Sri Lanka und drohte der LTTE mit weiterer politischer Isolation. Nach dem Bekannt werden des ersten Verhandlungserfolges von Erik Solheim sowie der erneuten Verhandlungsrunde zwischen Regierung und LTTE entspannte sich die innenpolitische Sicherheitslage im Nordosten rasch.

Tsunami-Rückblick mit durchwachsener Bilanz

Insbesondere die politischen Rahmenbedingungen haben den Rückblick auf den Tsunami vom 26.12.2004 getrübt. Sowohl im Süden als auch im Nordosten konnten schon zahlreiche Wiederaufbaumaßnahmen begonnen und teilweise auch erfolgreich abgeschlossen werden. Die zwischen Regierung und LTTE vereinbarte gemeinsame Verteilung der Hilfgelder auch zu Gunsten des Nordostens

konnte jedoch nicht realisiert werden. Auch die unmittelbar nach dem Tsunami erlassene Bauverbotszone entlang der Küste – je nach Abschnitt 100 bis 300 Meter – wurde nach vehementer Kritik von Fischern, Umsiedlungsbetroffenen sowie von Hilfsorganisationen zum Jahreswechsel auf Werte zwischen 25-30 und ca. 60 Metern reduziert. Zuvor wurde mehrfach kritisiert, dass Hotels und öf-

fentliche Infrastrukturmaßnahmen von den Bauverbotszonen ausgenommen waren.

Negativ wirken sich auch die enormen Preissteigerungen vor allem für Baumaterialien aus. Die Inflation wurde vom Internationalen Währungsfond für 2005, u.a. auch wegen der hohen Kraftstoffsubventionen, auf mindestens 14 Prozent geschätzt, gegenüber acht Prozent für 2004.